

Auszug aus dem Bericht des Superintendenten an die Kreissynode An der Ruhr vom 12. November 2011

Seit Jahren führen Vertreter und Vertreterinnen der Gemeinden **Dümpfen, Johannis, Markus** und **Styrum** intensive Gespräche mit dem Ziel einer **Fusion**. Motiv für die Tat ist die Erkenntnis, dass die ökonomischen Verhältnisse auch die Evangelische Kirche zwingen, ihre Arbeitsfelder neu zu ordnen. Zudem ist die Pfarrstellensollzahl deutlich gesunken und ruft nach einer sinnvollen gemeindeübergreifenden Strukturierung pfarramtlicher Arbeit. Der Prozess schreitet fort. Als es zum Schwur kommt und die vier beteiligten Gemeinden nach getrennten Gemeindeversammlungen und anschließenden Presbyteriumsberatungen die rechtlichen Grundentscheidungen treffen wollen, entscheidet sich die Markuskirchengemeinde gegen eine Fusion. Die drei verbliebenen Gemeinden setzen den eingeschlagenen Weg fort und werden zum 1. Januar 2011 die neue **Lukaskirchengemeinde** durch Kirchenleitungsbeschluss bilden. Ein Bevollmächtigtenausschuss wird die Gemeindeleitung bis zur Presbyteriumswahl 2012 leiten. Das - so wird es auch von den Betroffenen selbst empfunden - ist ein guter Weg, obwohl es ein schmerzhafter Weg ist. Denn es wurden im Vorfeld der Fusion Beschlüsse gefasst, die eine wirtschaftliche Gesundung der neu entstehenden Gemeinde vorbereiten: Die Aufgabe der Zentren Helenenstraße, Neustadtstraße und Goetheplatz (Ende 2012). Kein leichter Schritt, nachdem man in den Vorjahren bereits die Zentren Mellinghofer Straße, Howadtstraße und Gartenstraße hatte aufgeben müssen. Die Konzentration der Gemeindegemeinschaft wird ergänzt durch thematische Schwerpunktbildungen.

Es ist in der jetzigen Phase offenbar gelungen, eine Einmütigkeit der Presbyterien so weit auf die Gemeindeöffentlichkeit zu übertragen, dass der Prozess der schrittweisen Veränderung angenommen werden kann.

Die notwendige Grundentscheidung, Einmütigkeit im Presbyterium herzustellen und sie dann auf die Gemeindeöffentlichkeit zu übertragen ist in der **Markuskirchengemeinde** nicht gelungen. (Zwar ist dies üblicher Weise kein Synodenthema - aber da es ein öffentliches Thema geworden ist, nehme ich es auf.) Das ist sicher eine Gefahr, die grundsätzlich gegeben ist, wenn die Auffassungen auseinanderdriften und nicht mehr harmonisierbar sind, zumal in "Dreierkonstellationen". Man kann das personalisieren und die Entwicklung den Front(wo)men zuweisen. Man kann aber auch die Frage aufwerfen, ob die drei dahinter stehenden Pfarrbezirke in der Vergangenheit überhaupt das Gefühl entwickelt haben, eine Gemeinde zu sein - dann wäre die Fokussierung auf die PfarrerInnen vordergründig. Ich höre unterschiedliche Stimmen und kann sie hier und heute nicht bewerten.

Jedenfalls: Das "Spiel um die Mehrheit" gelingt in der Dreierkonstellation schon dann, wenn ich nur eine weitere der tonangebend handelnden Gruppierungen an mich binden kann. So weit entspricht alles den üblichen Regeln. Wechseln aber die Koalitionen, verlieren die „AnhängerInnen" die Orientierung. Der klassische Satz lautet dann: "Es wird mal dies und mal das gesagt. Wir wissen gar nicht mehr, was wir denken sollen." Wird in einer solchen innerpresbyterialen Gesprächslage, die zuvor schon qua Gemeindeversammlung in die Öffentlichkeit getragen worden ist und zu der sich Meinungen gebildet haben, eine 180-Grad-Wende per Beschluss versucht, ist der Konflikt eskaliert, weil zum innerpresbyterialen Dissens zusätzlich Entscheidungsträger gegen Meinungsträger, Mandate gegen Masse und demokratische Entscheidungen gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und infolge dessen wiederum Pfarrbezirk gegen Pfarrbezirk antreten.

Das ist objektiv kein Grund beunruhigt zu sein, weil es demokratisch normal ist, wenngleich es die subjektiv Betroffenen natürlich aufwühlt und belastet. Normal ist die Entwicklung deshalb, weil die in die Debatte eingeführten Argumente nie die einzigen sind, die den Ausschlag geben. Wenn Heiner Geißler als Vermittler in Konflikten sagt: "Alle Fakten müssen auf den Tisch!", dann liegt die Betonung auf "alle" und meint auch die unausgesprochenen persönlichen Interessen und Wünsche. Das ist schon deshalb wichtig, weil sie öffentlich - egal ob zutreffend oder nicht - wie selbstverständlich unterstellt werden. Wenn mit diesen persönlichen Motiven Ängste und möglicher Weise existentielle Sorgen verbunden sind, wie z. B. der Verlust eines

Arbeitsplatzes, müssen diese Ängste wenn irgend möglich im Vorfeld aufgenommen und beantwortet werden, damit sie nicht zu Sperrriegeln in der Sache notwendiger Entscheidungen werden. Das gilt für alle Konfliktparteien.

Um nicht nur die Widerstände zu benennen:

Es ist gut, dass ein Presbyterium den Blick nach vorne richtet und bereit ist, gemeinsam mit anderen nach bestem Wissen und Gewissen Zukunft zu planen und Schritte der Konkretisierung zu gehen.

Es ist gut, wenn die Verbundenheit einer Gemeinde mit ihrem Zentrum so groß ist, dass sie bereit ist, sich für es einzusetzen.

Es ist gut, wenn die Faktenlage auf den Tisch kommt - nicht nur weil es die Basis für hoffentlich in Gang kommende Gespräche ist, sondern weil sie die Gespräche tatsächlich auf die Beteiligten zurückführt.

Die Lösung ist in Markus zu suchen, nicht in den Nordgemeinden. Der Vorwurf der "Erpressung" der Markuskirchengemeinde durch die anderen drei Fusionswilligen muss vom Tisch, weil er eine "Nebelkerze" ist. Wer immer sie geworfen hat, wird es interessengeleitet getan haben, denn es wäre, wenn es stimmen würde, ein starkes Argument gegen eine Fusion. Es ist in jedem Fall kein konstruktiver Beitrag zur Klimaverbesserung. Nein: Wenn Vier miteinander verhandeln und nur Drei sich einigen können, mag der Vierte ein Problem haben, aber es sind seine Argumente, die ihn haben aussteigen lassen. Es wäre klug, der Lukaskirchengemeinde dieses angepöbelte Etikett schleunigst wieder abzuziehen. Denn wenn ich alle Beteiligten richtig verstanden habe, ist der grundsätzliche Fusionswille ja durchaus diskutabel. Da macht es überhaupt keinen Sinn, potentielle Partner noch dazu ungerechtfertigt zu desavouieren.

Wer einen Blick auf die Karte unseres Kirchenkreises wirft, wird feststellen, dass die neue Lukaskirchengemeinde ein (wie schwer oder weniger schwer auch immer wiegendes) Problem hat: Es besteht keine räumliche Verbindung zwischen Johannis/Styrum und Dümpten. Das ist ein Geburtsfehler, der durch das Ausscheiden der Markuskirchengemeinde aus der Fusion verursacht ist. Ob die räumliche Trennung durch eine andere Gemeinde, wie in diesem Fall, ein größeres Handicap darstellt als eine Trennung durch Friedhöfe, Flughäfen, Wälder oder Industrieanlagen, kann ich nicht bewerten. Wahrscheinlich ist das Problem psychologischer Natur. Dennoch macht es Sinn, wenn Markus eines schönen Tages der Lukasgemeinde beitrifft. Das will die Gemeinde auch. So ist es beschlossen. Ebenso ist auch die zukünftige Lukaskirchengemeinde bereit, Markus grundsätzlich aufzunehmen. Schließlich wäre es hilfreich, den Mülheimer Norden als einen gemeinsamen evangelisch kirchlichen Handlungs- und Gestaltungsraum zu betrachten und je nach Konzeption auszugestalten. Damit wäre das Ziel notwendiger Bemühungen beschrieben.

Aus der Perspektive der Markuskirchengemeinde könnte es natürlich auch einen anderen, dem Willen des Presbyteriums derzeit entgegenstehenden Weg geben, nämlich den der Eigenständigkeit bis zum letzten Cent. Das hätte zur Folge, dass am Ende eines solchen Weges lediglich das „Andocken“ an eine bestehende Gemeinde bliebe, während der Charme einer Fusion in der Entwicklung einer Konzeption und der Mitgestaltung der Gemeinde liegt.

Einigkeit besteht darüber, dass eine Fusion aller vier Gemeinden nicht zum 1.1.2011 vonstatten gehen kann. Welcher Termin es sein kann, hängt von der Lösung der folgenden Frage ab:

Sie lautet: Was könnte eine Gemeindeleitung unternehmen, um diejenigen einzubinden, die gegen die Schließung des Gemeindezentrums Knappenweg protestieren? Denn es wird ja niemand auf den Gedanken kommen wollen, die Menschen eines Pfarrbezirks abzukoppeln.

Die Antwort kann sich nur aus dem Wortlaut der gefassten Beschlüsse entwickeln:
Fusion: Ja, aber nicht zum 1.1.2011, sondern zum 1.6.2011. Aufgabe des Knappenweg als Gemeindezentrum zum 31.12.2011. Aufgabe der Trägerschaft des Kindergartens zum 31.7.2012.
Angenommen, diese Beschlüsse "stehen" - dann ist Kenntnis zu nehmen von a) einem "Zeitfenster" und es ist b) festzustellen, dass ein Beschluss über die Zukunft des Gebäudes als solchem nicht gefasst ist, und es ist c) festzuhalten, dass eine "Schließung" des Kindergartens nicht beschlossen ist.

Es wird eine Frage der Moderation sein, emotionales Handeln in das Fahrwasser konstruktiver Planung umzuleiten und auszuloten, was unter Wahrung grundsätzlicher Entscheidungen möglich ist.

Ein erstes Gespräch mit der Gruppe der Protestierenden habe ich geführt. Ein Gespräch mit dem Presbyterium wird folgen.

Was hilft in der Krise?

"Geduld. Kleine Schritte, nicht hängenlassen. Sich sagen: "Im Moment ist es ganz schlecht, und die Perspektive ist noch schlechter, aber bewege dich. Nur so viel, wie du kannst ohne zusammenzubrechen, aber halte es aus. Gib nicht auf. Lass es auch sein, geh auch weg, aber komm' wieder. Komme wieder! Gib nicht auf! Mach ganz kleine Bewegungen, bis es wieder in Fahrt kommt. Das ist das, was ich gelernt habe."

Bruno Ganz (69), Schauspieler